

Kommunalisierung der VermKV?

Nach einvernehmlichem Auftreten des Vorstandes des Bezirkspersonalrates gegenüber der neuen Staatssekretärin Heike Raab zur anstehenden Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung unternahm der „mitgliederstärkste“ Verband unserer Verwaltung einen für uns völlig unerwarteten Alleingang, der alles bisher erarbeitete zum Thema Verwaltungsreform in Frage stellt.

Die BTB-Fachgruppe Vermessung sieht in dieser Vorgehensweise einen schweren Vertrauensbruch in einer schwierigen Phase der Bezirkspersonalratstätigkeit. Mit den Sorgen und Ängsten der Kolleginnen und Kollegen versuchen u.E. Führungsmitglieder des Berufsverbandes den Eindruck zu erwecken „nur wir kümmern uns“, anstatt zunächst offen im eigentlich zuständigen Gremium ihre Forderungen zu äußern und darüber abzustimmen.

Selbst im Landtagswahlkampf war die Kommunalisierung unserer Verwaltung kein Thema. Durch die Aufforderung des Berufsverbandes an Ministerpräsident Beck, die Kommunalisierung unserer Verwaltung zu prüfen, müssen wir uns als BTB nun aber ebenfalls diesem Thema stellen. Daher haben wir sofort nach bekannt werden der „Thesen“ für die Kommunalisierung mit vielen Mitarbeiter(innen), auch mit Berufsverbandsangehörigen, gesprochen und möchten nachfolgend den „Gehirnschmalz“ aller Leser dieser BTB-Fachgruppen-Veröffentlichung anregen.

Frage: Ist die Kommunalisierung der VermKV die Lösung?

Antwort Mitarbeiter (MA): „Na klar, ich bleibe wo ich bin, unser Amt ist Teil der Kreisverwaltung und besser bezahlt werde ich auch noch, denn die Kommunen hatten 2010 einen besseren Tarifabschluss als das Land.“

Antwort BTB-Fachgruppenvorstand: „Also die Kommunen sind zwar finanziell klamm, übernehmen uns aber komplett und bezahlen uns dann auch noch besser? Nee, bei der Kommunalisierung von Verwaltungen werden normalerweise Verträge zwischen Land und Kommunen geschlossen, so dass das Land weiter die Leute bezahlt der Landrat aber für alles andere zuständig ist. Für die Beschäftigten wäre das auch anders nicht erstrebenswert, denn bei Wechsel des Arbeitgebers werden z.B. Erfahrungsstufen nicht angerechnet. Hier würde die Bezahlung also sonst für Einige sogar weniger werden. Und mit Beförderungen ist dann auch erstmal nichts mehr!“

MA: „Na das kann uns „alten Hasen“ doch egal sein! Über 60% von uns sind sowieso schon über 50 und in der A9s oder A9s+z und das Land hat in nächster Zeit bestimmt auch kein Geld für Beförderungen!“

BTB: „An die Jungen denkt also keiner? Wir sollten doch die guten Ausbildungsmöglichkeiten erhalten und in die Zukunft schauen und unseren Berufsstand für unsere jüngeren Mitarbeiter sichern. Zumindest plant unsere Verwaltung trotz Stelleneinsparungen noch Spielraum für Einstellungskorridor und Beförderungen ein.

MA: „Aber wenigstens muss man dann nicht in der Gegend rumfahren!“

BTB: „Ist auch nicht sicher. Der Rechnungshof hat ja festgestellt, dass wir viel zu viele sind. Vielleicht nimmt der Kreis nur so viele Leute, wie er für Katasterführung und die für ihn interessanten Aufgaben braucht. Und was passiert dann mit dem „Rest“? Pool? Zumindest ist nicht sichergestellt, dass jeder auch in dem Kreis arbeiten kann, in dem er wohnt.

Zur Zeit gibt es in Rheinland Pfalz 24 Landkreise und 12 kreisfreie Städte. Wer weiß, wie wir da verteilt werden. Außerdem redet man jetzt schon seit Jahren über eine Kreisreform. Vielleicht kommt die ja dann doch irgendwann mal? Wie viele Kreise wird es dann noch geben? Aus 2 mach 1? – also 12 Landkreise? Dann sind wir ja genauso weit wie bei der geplanten Reform der VermKV - 6 Amtsbezirke mit je 2 Standorten gibt auch 12. Und wir sind dann die irgendwann dazugekommenen, nach denen bei einer solchen Reform sicher nicht zuerst geschaut wird.“

MA: „Uns wollen die unbedingt, wir können ja schließlich was - und unser Wasserkopf von Führungskräften kann dann mal sehen wo er bleibt!“

BTB: „Auch unsere Führungskräfte sind fast alle Beamte auf Lebenszeit. Wir befürchten, die bleiben uns dann als Abteilungsleiter oder wie das dann auch heißen mag erhalten und der Eine oder Andere lässt seinen Frust an uns aus, weil er jetzt keine richtigen Chefs mehr ist. Die werden schon für sich sorgen“

Fazit: Eine Kommunalisierung ist mit vielen Unsicherheiten und ??? verbunden, genau wie die Reform der VermKV auch. Was besser ist? Man kann leider nicht beides ausprobieren und sich dann entscheiden. Aber bei einer Reform der VermKV können wir über die Personalvertretungen, Gewerkschaften und Berufsverbände unsere Rechte wahrnehmen, mitgestalten und uns einsetzen für eine vor allem sozialverträgliche Umsetzung der Reform. Bei einer Kommunalisierung werden wir zerschlagen und sind kommunalpolitischen Kräften vor Ort ausgeliefert.

Wir befürchten: durch solche Aktionen werden Entscheidungen beschleunigt und Personalräte, Gewerkschaften und Berufsverbände bleibe außen vor.

Unser wichtigstes Ziel muss jetzt sein: Gemeinsam für die Kolleginnen und Kollegen das Beste herauszuholen, egal welcher Gruppe sie angehören!